

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 17/2115 -

2. Lesung

Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz)

Berichterstatlerin:

Abgeordnete Korte

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/2115 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 04.07.2018 /Ausgegeben: 05.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz)“ (Drucksache 17/2115) wurde am 22. März 2018 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur federführenden Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, dem Wissenschaftsausschuss und dem Haushalts- und Finanzausschuss.

B Inhalt des Gesetzentwurfs

Die grundsätzliche Umstellung des 8jährigen Bildungsgangs an Gymnasien auf einen nunmehr 9jährigen Bildungsgang wird mit diesem Gesetzentwurf geregelt. Neben dieser Leitentscheidung der Landesregierung wird in dem Gesetzentwurf eine Regelung für eine einmalige gemeinsame Entscheidung von Schulkonferenz und Schulträgern für die Beibehaltung des 8jährigen Bildungsgangs und die Ermöglichung einer individuellen Verkürzung des neuen 9jährigen Bildungsgangs am Gymnasium auch in Gruppen getroffen.

C Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat sich mit dem Gesetzentwurf seiner Sitzung am 22. März 2018 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf gemeinsame Anhörung mit dem Antrag der Fraktion der SPD „Abitur nach 9 Jahren - (Oberstufen-)Reform richtig angehen“ (Drucksache 17/1818) verständigt. Der mitberatende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat in seiner Sitzung am 20. April 2018 entschieden, sich an der Anhörung im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen.

Am 2. Mai 2018 wurden folgende Experten im Teil I der Anhörung gehört:

Sachverständige	Stellungnahme
Klaus Hebborn Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	17/558
Claus Hamacher Dr. Jan Fallack Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	17/549
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Carolin Krause Dezernentin der Stadt Bonn Bonn	17/552
Tim Kähler Bürgermeister der Stadt Herford Herford	17/584
Daniela Schneckenburger Dezernentin der Stadt Dortmund Dortmund	17/579

Sachverständige	Stellungnahme
Burkhard Hintzsche Dezernent der Stadt Düsseldorf Düsseldorf	17/557
Dr. Agnes Klein Dezernentin der Stadt Köln Köln	17/497
Dr. Thomas Weckelmann Otmar Scholl Evangelisches Büro Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	17/575
Christiane Schubert Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Rüdiger Käuser Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung Siegen-Weidenau	17/546
Susanne Roepke Peter Dück Verband Deutscher Privatschulen NRW e.V. Düsseldorf	17/560
Dirk Gellesch Graf-Engelbert-Schule Bochum	nein

Sachverständige	Stellungnahme
Dr. Christina Herold Landeselternkonferenz NRW Duisburg	17/585
Prof. Dr. Hinnerk Wißmann Rechtswissenschaftliche Fakultät Westfälische Wilhelms-Universität Münster	17/553
Prof. Dr. iur. Bernd Grzeszick Universität Heidelberg Heidelberg	17/589
Prof. Dr. Thomas Goll Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie Technische Universität Dortmund	17/513
Prof. Dr. Jörg Ennuschat Juristische Fakultät Ruhr-Universität Bochum Bochum	17/593

(vgl. Ausschussprotokoll 17/263).

Im Rahmen des Teils II der Anhörung am 2. Mai 2018 wurden danach folgende Sachverständige gehört:

Sachverständige	Stellungnahme
Stefan Behlau Verband Bildung und Erziehung Landesverband Nordrhein-Westfalen Dortmund	17/548

Sachverständige	Stellungnahme
Peter Silbernagel Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	17/539
Brigitte Balbach lehrer.nrw Düsseldorf	nein
Dorothea Schäfer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	17/532
Rüdiger Käuser Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung Siegen-Weidenau	17/546
Martin Sina Rheinische Direktorenvereinigung Brauweiler	17/538
Dr. Christina Herold Elternkonferenz Nordrhein-Westfalen Duisburg	17/585
Dr. Herbert Heermann Katholische Elternschaft Deutschlands Landesverband NRW Bonn	17/551
Jutta Löchner Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	17/533

Sachverständige	Stellungnahme
<p>Reiner Dahlhaus Landeselternschaft der integrierten Schulen in Nordrhein-Westfalen e.V. Dortmund</p>	<p>17/543</p>
<p>Luca Samlidis LandeschülerInnenvertretung NRW Düsseldorf</p>	<p>17/550</p>
<p>Preeteshwar Sascha Gill Krefeld</p>	<p>nein</p>
<p>Micha Kreitz Gymnasium Am Turmhof Mechernich</p>	<p>17/542</p>
<p>Dirk Gellesch Graf-Engelbert-Schule Bochum</p>	<p>nein</p>
<p>Wilfried Bock Daltongymnasium der Stadt Alsdorf Alsdorf</p>	<p>17/541</p>
<p>Verena Verspohl Arnsberg</p>	<p>nein</p>
<p>Prof. Dr. Thomas Goll Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie Technische Universität Dortmund</p>	<p>17/513</p>

Sachverständige	Stellungnahme
Dr. Gabriele Klewin Wissenschaftliche Einrichtung Oberstufen-Kolleg an der Universität Bielefeld Bielefeld	17/547
Prof. Dr. Stephan Thomsen Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover Hannover	17/522

(vgl. Ausschussprotokoll 17/264).

Zudem sind im Zuge einer schriftlichen Anhörung weitere Sachverständige um Stellungnahmen gebeten worden:

erbeten von	Stellungnahme
Anja Weber Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk NRW, Düsseldorf	17/532
Roland Staude Deutscher Beamtenbund, Landesverband NRW, Düsseldorf	17/539 (Philologen- Verband)
Ulrich Bösl Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands, Landesverband NRW, Duisburg	17/534
Ilona Dubalski-Westhof Verein kath. Deutscher Lehrerinnen e.V., Landesverband NRW, Essen	
Dr. Mario Vallana Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen, Siegen	17/572
Andrea Heck Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V., Recklinghausen	17/555

erbeten von	Stellungnahme
Behrend Heeren Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Nordrhein-Westfalen e.V., Dortmund	17/544
Martin Schulte Bildungspolitischer Landesverband der in NRW aktiven Regionalver- eine der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind, Köln	17/580
Dr. iur. Luitwin Mallmann unternehmer nrw, Landesvereinigung der Unternehmerverbände Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	17/525
Gabriele Pappai Unfallkasse NRW, Düsseldorf	17/529

D Abstimmung

- Mitberatung

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich in seiner Sitzung am 8. Juni 2018 abschließend mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP wurde der Gesetzentwurf angenommen. Die Fraktionen von SPD und AfD haben sich enthalten, während die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf abgelehnt hat.

Am 6. Juni 2018 hat sich der Wissenschaftsausschuss mit dem Gesetzentwurf befasst. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD angenommen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der AfD haben sich enthalten.

Der Gesetzentwurf wurde im Haushalts- und Finanzausschuss am 7. Juni 2018 letztmalig aufgerufen. In der Abstimmung hat sich die Fraktion der AfD enthalten. Gegen den Gesetzentwurf haben die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt, während die Fraktionen von CDU und FDP ihm zugestimmt haben.

- Federführung
Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im Ausschuss für Schule und Bildung am 4. Juli 2018 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der AfD haben sich enthalten.

Kirstin Korte
- Vorsitzende -